

7 Millionen Euro Mehrbedarf im Sozialwesen

Kostensteigerung hat unterschiedliche Ursachen – Landrätin: »Nehmen wir so nicht hin« – Kreisausschuss-Pressegespräch

Gießen (ik). Kostensteigerungen in einer Größenordnung von rund 7 Millionen Euro belasten den ohnehin schon rund 100 Millionen Euro schweren Sozialhaushalt des Kreises Gießen. Das sei »durchaus als dramatisch einzuschätzen«, berichtete Erster Kreisbeigeordneter Dirk Osswald (Freie Wähler) im Pressegespräch zur Arbeit des Kreisausschusses, zu dem Landrätin Anita Schneider (SPD) am Dienstag in die Kreisverwaltung am Riversplatz eingeladen hatte. Die überplanmäßigen Ausgaben resultieren unter anderem aus der reduzierten Zuweisung für Kosten der Unterkunft von Hartz-IV-Empfängern (minus eine Million Euro) sowie Mehrausgaben in Höhe von 1,8 Million Euro in der Position »Hilfen zur Erziehung«. Letztere sind nach Auskunft des Kämmerers auf eine deutliche Steigerung der Fallzahlen in der ambulanten Erzie-

hungshilfe zurückzuführen. Konkret sei im Raum Laubach/Grünberg ein starker Zuzug so genannter Problemfamilien aus dem Rhein-Main-Gebiet sowie aus dem Rheinland zu registrieren. Während etwa die Lebenshaltungskosten in den Ballungsgebieten permanent stiegen, seien im ländlichen Raum vor allem die Ausgaben für Wohnraum auch für finanziell schlechtergestellte noch relativ erschwinglich, hieß es.

Entgegen der Entwicklung vergangener Jahre habe sich die Situation in Lollar im Hinblick auf ambulante Erziehungshilfen gemildert. Dort habe das Modell »Soziale Stadt« scheinbar gegriffen, mache sich der Einsatz von Schul-Sozialarbeitern positiv bemerkbar, resümierte die Landrätin. Obgleich der Anstieg der Erziehungshilfe-Fallzahlen ein »bundesweites Phänomen« sei, werde man nicht »wie das Kaninchen vor der

Schlange sitzen und abwarten«, so Schneider. In einem Gutachten werde man die Prozesse der Hilfe-Gewährung via Landkreis intensiv unter die Lupe nehmen, »um von unserer Seite das Optimale rauszuholen«. Es werde auch an einer Optimierung des Pflegekinder-Dienstes gearbeitet; vordringliches Ziel ist die Rekrutierung weiterer Pflegefamilien.

Weitere überplanmäßige Ausgaben für den Fachbereich Jugend und Soziales im Haushaltsjahr 2010 schlagen u. a. wie folgt zu Buche: Hilfe zum Lebensunterhalt (500 000 Euro), Hilfe zur Pflege (800 000 Euro), Grundsicherung im Alter und bei dauerhafter Erwerbsminderung (400 000 Euro), SGB II (1 Mio. Euro), Asyl (300 000 Euro), Einrichtung für Migranten (150 000 Euro), Junge Volljährige (200 000 Euro), Eingliederungshilfe für seelisch Behinderte (300 000 Euro).